

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Anton Mahdalik, Georg Schuster und Nikolaus Amhof betreffend „keine Zustimmung zum UN-Migrationspakt“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen am 30. Jänner 2020

Im Dezember 2018 wurde auf einer seitens der Vereinten Nationen (UN) veranstalteten Regierungskonferenz bzw. anlässlich des Zusammentretens der Generalversammlung (General Assembly) der Vereinten Nationen in Marokko der „*Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*“ (GCM) verabschiedet. Hierbei handelt es sich um ein internationales, multilaterales Übereinkommen, in dem seinem Anspruch nach „alle Aspekte internationaler Migration“ thematisiert und geregelt werden sollen (UN-Migrationspakt). Daraus geht hervor, dass das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes fehlt. Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechts-subjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt. Diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll. Die avisierten Maßnahmen zum „Schutz der Sicherheit, Würde und der Menschen- und Grundrechte aller Migranten jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus“ umfassen sogar die „Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration“, in dessen Rahmen die Staaten sich verpflichten, übermäßige Kritik an den geplanten Migrationsbewegungen unter Strafe zu stellen sowie Medienschaffende auf dem Gebiet von Migrationsfragen und speziell zu der insofern zu verwendenden Terminologie zu „erziehen“. Auch fällt auf, dass „illegale Einwanderung“ tatbestandlich nicht mehr vorgesehen ist, vielmehr soll es allenfalls Migranten „*fallen into an irregular status*“ geben, wobei die Staaten dann aber verpflichtet sind, diesen „*irregular status*“ durch Prozeduren der Legalisierung – nicht aber durch Ausweisung! - in einen *regular status* zu verwandeln. Dieser UN-Migrationspakt ist auf jeden Fall ein „politisch“ verbindliches Abkommen.

Die türkis-blaue Bundesregierung hatte sich Ende 2018 aus dem UNO-Migrationspakt zurückgezogen, den sie zuvor auf diplomatischer Ebene mitverhandelt hatte. Der Rückzug erfolgte aufgrund des massiven Drucks der FPÖ. Begründet wurde er damit, dass das Dokument die nationale Souveränität Österreichs gefährdet. Beim Beschluss des Pakts durch die UNO-Vollversammlung im Dezember 2018 enthielt sich Österreich mit elf weiteren Staaten der Stimme, während fünf dagegen votierten.

Auf den UN-Migrationspakt angesprochen, sagte die Grüne Klubchefin Sigrid Maurer ganz offen: "Das ist nicht unsere Position, aber wir sind limitiert auf das, was das Regierungsprogramm hergibt." Es gebe weder in Österreich noch auf EU-Ebene Mehrheiten für die grüne Position. Die Grünen seien grundsätzlich für einen

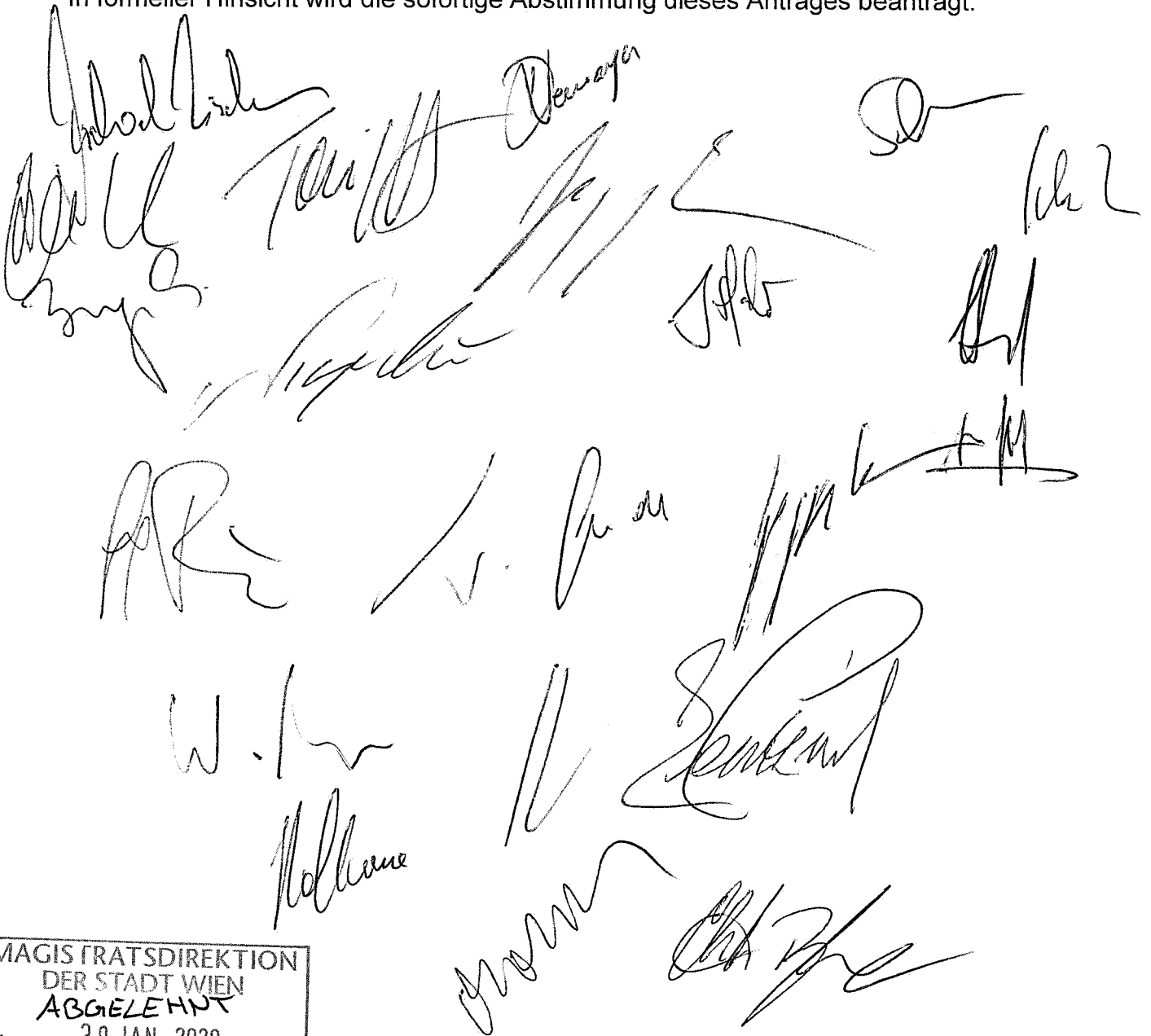
Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge in Europa. Diese Position sei in den Regierungsverhandlungen nicht durchsetzbar gewesen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert die Österreichische Bundesregierung auf, auch weiterhin dem UN-Migrationspakt nicht zuzustimmen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.



A collection of approximately 15 handwritten signatures in black ink, arranged in several rows. The signatures vary in style and legibility, representing the council members mentioned in the text above.

MAGIS TRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN  
ABGELEHNT  
Eing.: 30. JAN. 2020  
DGL-100640-2020-KFP/GAT  
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtsebat